

MONTAG, 11. APRIL 2016

OSTTHÜRINGER Zeitung

Rot-Rot-Grün will unklare DDR-Todesfälle aufklären: Aufarbeitung oder Augenauswischerei

06.02.2015 - 08:30 Uhr

Die Thüringer Regierungskoalition will unklare Todesfälle aus DDR-Unrecht noch mal aufrollen. Das Schicksal von Matthias Domaschk soll dazu gehören. Ob das gelingt, ist fraglich.



Das Ehrengrab von Matthias Domaschk auf dem Jenaer Nordfriedhof im April 2011. 1981 hatte die Staatssicherheit der DDR eine Skulptur von Freunden am Grab entfernt. Pech für die Grabschänder im staatlichen Auftrag, dass sie bei ihrem Frevel von Roland Jahn heimlich aufgenommen wurden. Archivfoto: Thomas Beier

Gera. Über Matthias Domaschk ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Weil sein Leben in der DDR nicht in den Bahnen lief, die der vormundschaftliche Staat gelegt hatte. Vor allem aber, weil sein Tod man kann ruhig sagen - so außerordentlich war, dass bis heute darüber auf das Heftigste gestritten wird.

Nun soll eine neue Runde beginnen. Die Landesregierung will eine Arbeitsgruppe in der Staatskanzlei bilden, die ungeklärte Todesfälle überprüft. Das entspricht dem Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün, in dem eine Aufarbeitung von DDR-Unrecht vereinbart wurde,

Mitte Januar ward das Vorhaben angekündigt, auf Nachfragen jedoch folgt nur die Bitte um Geduld. Wie Regierungssprecher Alexander Fischer sagte, seien die Planungen für die Arbeitsgruppe "noch auf der Arbeitsebene beziehungsweise in der Abstimmung mit der Hausleitung, insbesondere mit der für das Themenfeld Aufarbeitung zuständigen Staatssekretärin". Zudem: Mit einer "landespolitischen Strategie zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht" müsse sich zuvor auch noch das Kabinett befassen, ehe das in eine interministerielle Arbeitsgruppe münde.

Termine nannte der Regierungssprecher nicht. Nur: Man sei sich bewusst, dass die Klärung der Todesfälle "keine leichte Aufgabe" wird.

Im Todesfall von Matthias Domaschk ist vieles bekannt: Dass er mit einem Kumpel aus dem Zug nach Berlin geholt wurde, weil die Stasi irrigerweise annahm, die beiden wollten den Parteitag der SED demonstrativ stören. Dass die Jenaer dann in Gera mit nur wenigen Pausen immer wieder stundenlang verhört wurden, von wechselnden, also ausgeruhten Vernehmern. Dass Domaschk am Ende dieser folternahen Prozedur eine Verpflichtungserklärung als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit unterschrieben hat. Und danach, wie sein Kumpel entlassen werden sollte.

Das Entscheidende aber fehlt im Stasi-Protokoll: Was passierte in dem Besucherraum, in dem der mutmaßlich erschöpfte Delinquent auf seinen Transport nach Jena wartete? War er die ganze Zeit allein oder kam da vielleicht noch jemand?

Nach Angaben der Staatssicherheit hat sich Matthias Domaschk mit einem aus seinem Hemd gedrehten Strick erhängt - an einem Heizungsrohr, das unterhalb der Zimmerdecke verlief. Angeblich weil er es nicht aushalten konnte, als Spitzel unterschrieben zu haben.

Freunde und Weggefährten von "Matz", wie sie ihn nannten, sehen darin überhaupt keinen Suizid-Grund. Im Gegenteil: Es sei in Jena oft besprochen worden, dass so eine Unterschrift helfen könne, schneller aus dem Knast zu kommen. Und hernach erzählt man seinen Freunden oder einem Pfarrer, was passiert ist. Mit dieser "Dekonstruktion" wäre der IM für den Geheimdienst verbrannt gewesen.

Eine weitere Merkwürdigkeit: Selbst wenn man annimmt, Domaschk habe sich umgebracht, wäre es dennoch ein unnatürlicher Tod in den Händen des Staates gewesen. Doch zur Obduktion gibt es widersprüchliche Aussagen in der ungewöhnlich dicken Ermittlungsakte. Und es gibt aktenkundige Bemühungen von Stasi-Leuten für eine einheitliche Sprachregelung, den Vorfall gegenüber einer begrenzten Öffentlichkeit als Selbstmord dazustellen.

Vom SED-Staat und ihrem "Schild und Schwert" unabhängige Untersuchungen fanden erst nach der Wende statt. Stellenweise lesen sich die Berichte von Zeitzeugen so, als hätte die Staatsanwaltschaft zum Jagen getragen werden müssen. Aber was, wenn dieser Eindruck täuscht? Wenn die Ermittler nur zögerten, weil sich Beweislücken nach so vielen Jahren nicht mehr schließen ließen?

Gegen zwei der beteiligten Stasi-Offiziere wurde Anklage erhoben. Aber nicht wegen Mordes oder Totschlags oder schwerer Körperverletzung mit Todesfolge, nein: wegen "Freiheitsberaubung". Als kleinstes erreichbares Delikt, vergleichbar etwa der "Ersatz-Anklage" gegen Stasi-Chef Erich Mielke wegen einer Jahrzehnte zurückliegenden Straftat. Dementsprechend mild fielen die Urteile gegen Domaschks Stasi-Vernehmer aus. Es gab Geldstrafen.

Gute und schlechte Szenarien möglich

Vor diesem Hintergrund also wird die Arbeitsgruppe agieren. Am Aufklärungswillen muss man nicht zweifeln, an der Erwartung, dass sich grundsätzlich Neues ergibt, jedoch schon. .



Ein ergreifender Moment am 12. April 2011 im neugestalteten Ehrengrab auf dem Jenaer Nordfriedhof. Renate Ellmenreich, Lebensgefährtin von Matthias Domaschk, und Julia Ellmenreich, Tochter von Matthias Domaschk. Archivfoto: Thomas Beier

Im besten Fall findet Rot-Rot-Grün irgendeine Konstruktion, die die Gewaltenteilung von Regierung und Justiz nicht verletzt. Dann wühlen sich unabhängige Richter durch alle Aktenberge und Veröffentlichungen, auf der Suche nach der Nadel im Heuhaufen, nach dem Beweis, der alles kippt. Sie reden mit einstigen Freunden und Weggefährten, so wie es die Regierungssprecher angekündigt haben. Vielleicht nutzen einige Linke sogar ihre Kontakte zu ehemaligen Stasi-Genossen und deren Traditionsverband. Und so kommt Puzzle zu Puzzle und am Ende die Wahrheit, die volle Wahrheit, vielleicht doch noch ans Tageslicht. Das wäre den Freunden und Weggefährten zu wünschen. Renate Ellmenreich, damalige Lebensgefährtin von Matthias Domaschk, sagte laut MDR: "Ich nehme Ministerpräsident Ramelow beim Wort." Die zweifelhaften Umstände des angeblichen Selbstmordes ihres Freundes in der Stasihaft müssten endlich geklärt werden. Auch die Witwe eines Grenzzoffiziers, der Ende der siebziger Jahre in Erbenhausen ums Leben kam, versuche seit Jahren Einzelheiten zum Tod ihres Mannes zu erfahren.

Die Gefahr allerdings, dass Rot-Rot-Grün den Mund zu voll genommen hat und Hoffnungen auf weitere Aufklärung nicht erfüllen kann, ist ebenfalls ein mögliches Szenario. Im schlechtesten Fall führen weder Akten noch Gespräche zu neuen Erkenntnissen, warum Matthias Domaschk ums Leben kam. Die beteiligten Stasi-Offiziere wissen nicht mehr als sie bislang gesagt haben

oder sagen jetzt erst recht nichts, weil sie weder sich noch andere belasten wollen. Denn Mord, wäre es denn einer gewesen, verjährt nicht..

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Arbeitsgruppe gewissermaßen auf verlorenem Posten steht. Wenn sie nicht mehr feststellen kann, als das Bekannte, nämlich dass Matthias Domaschk in Stasi-Haft umkam und dass dies ein großes, nicht wieder gut zu machendes Unrecht im Staat DDR war - wird es dann Stimmen geben, die sagen: Ham wir doch gleich gewusst. Schluss damit. Kostet nur Geld. Aufarbeitung? Alles nur Augenauswischerei!

Siegfried Reiprich, Direktor der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, lässt die Anfrage dieser Zeitung, was er vom Vorhaben hält, unbeantwortet. Ein weiterer Domaschk-Freund, Roland Jahn, heute Chef der zentralen Stasi-Unterlagenbehörde, äußert sich kurz und knapp so: "Jede Beschäftigung mit dem Fall, die für weitere Aufklärung sorgt, ist gut und zu begrüßen. Mir ist wichtig, dass unabhängig von der juristischen Betrachtung Verantwortlichkeiten benannt werden. Jeder einzelne, der in der Befehlskette gehandelt hat, trägt einen Teil der Verantwortung, aus der er nicht entlassen werden darf."

Wolfgang Schütze / 06.02.15 / OTZ

ZOR0006892519